

AUFRUF der UNI-Besetzer in ROM

An die Studentinnen und Studenten, an die Doktoren und Professoren und alle mit zeitlich befristeter Anstellung in der Forschung:

"Wir werden die Krise nicht bezahlen", das ist der Slogan mit dem wir seit wenigen Wochen die Mobilmachung an der Universität begonnen haben.

Ein einfacher Slogan, aber gleichzeitig direkt: Die globale Krise ist Krise des Kapitalismus, der Finanz - und Immobilienspekulationen. Die Krise eines Systems ohne Regeln und Rechte, einer skrupellosen Gesellschaft.

Aber diese Krise darf nicht zu Lasten der Ausbildung fallen, von der Schule bis zur Universität, zu Lasten des Gesundheitssystems, der Steuerzahler im Allgemeinen. Der Slogan ist mittlerweile in aller Munde und so von Stadt zu Stadt gewandert. Von den Studenten zu den Lehrkräften mit befristetem Arbeitsverhältnis bis zu den Forschern. Niemand will für die Krise bezahlen und für die Verluste aufkommen, auch nicht diejenigen, die jahrelang vom System profitiert haben.

Die Verbreitung dieses Slogans, die Mobilmachung an den Schulen, Universitäten und in den Städten die in den letzten Wochen geschehen ist, scheint Angst gemacht zu haben.

Man weiss ja, ein Hund der Angst hat, beisst und dementsprechend war auch die Reaktion des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi: Die besetzten Schulen und Universitäten werden von der Polizei geräumt werden" und weiter "wir werden die Gewalt aus unserem Land verbannen".

Erst gestern hatte Berlusconi verlauten lassen, er wolle die Subventionierungen für die Banken erhöhen und die Unternehmen auf Kosten des Staatshaushaltes unterstützen, was soviel zu bedeuten hat wie: Einsparungen in der Bildung, weniger Unterstützungen für Studenten, Einsparungen im Gesundheitswesen, aber Kredite für Unternehmen und Banken. Daher fragen wir uns wo sich in diesem Falle die Brutalität befindet: Ist die Besetzung der Fakultäten an den Universitäten brutal oder ist es eine Regierung, die das Gesetz 133 und das Gelmini-Dekret gegen alle parlamentarischen Einwände durchpresst? Ist die Missbilligung eines Gesetzentwurfes brutal oder derjenige, der versucht diese Missbilligung mit Hilfe der Polizei zu ersticken? Sind diejenigen brutal, die sich zum Schutze der Universitäten und der öffentlichen Schulen einsetzen oder diejenigen die diese einzudämmen, um dem wirtschaftlichen Interessen weniger entgegenzukommen?

Die Brutalität kommt von der Seite der Regierung. Auf der anderen Seite hingegen, in den besetzten Fakultäten und Schulen findet man die Empörung derjenigen, die für die eigene Zukunft kämpfen, derjenigen die sich nicht zum schweigen bringen lassen wollen, derjenigen die frei sein wollen.

Man hat uns gesagt, das einzige was wir können, sei "nein" zu sagen und dass es uns hingegen an Vorschlägen fehle. Das stimmt nicht: die Besetzungen und die Studentenversammlungen in den letzten Tagen haben eine ganz neue Universität geschaffen, eine Universität mit einem sozialen Bewusstsein. Studieren zu können ist für uns von fundamentaler Wichtigkeit und deshalb sind unsere Proteste auch unerlässlich! Wir haben die Fakultäten besetzt, um eine öffentliche Universität zu schaffen. Wir stehen auf, um weiter studieren und forschen zu können. Es gibt viele Dinge die an den Schulen und Universitäten unbedingt verändert werden müssen. Aber verändern heisst nicht, ihnen die finanziellen Mittel zu kürzen. Verändern heisst die Mittel zu erhöhen, die Forschung zu fördern, Ausbildung zu verbessern. Die

finanziellen Mittel zu kürzen hat hingegen und nur einen einzigen Zweck: Universitäten werden zu privaten Stiftungen und öffentliche Universitäten werden aussterben.

Die Zeichen sind eindeutig, genau wie die Mittel: das Gesetz 133 ist im August verabschiedet worden und trotz der Missbilligung von zehntausenden von Studenten, ist das Einschreiten der Polizei gefordert worden. Diese Regierung will die Demokratie zerstören, indem sie Angst verbreitet. Aber wir verkünden von den besetzten Fakultäten aus, dass wir keine Angst haben und dass wir keineswegs vorhaben unsere Schritte rückgängig zu machen. Vielmehr haben wir vor die Regierung dazu zu bringen zurückzuweichen: wir werden solange nicht aufhören zu kämpfen bis das Gesetz 133 und das Gelmini-Dekret nicht zurückgezogen worden sind! Wir werden dieses Mal alles geben, wir wollen nicht verlieren, wir werden uns nicht bezwingen lassen von soviel Arroganz. Und deshalb laden wir alle sich mobilisierten Fakultäten des Landes dazu ein, es uns gleich zu tun: Besetzt weiter und weitere eure Schulen und Fakultäten!

Nach dem ausserordentlichen Erfolg des Streiks und der Demonstration vom 17. November, der von den freien Gewerkschaften einberufen wurde, ist der Moment gekommen um eine einstimmige Antwort auf den Plätzen unserer Städte zu verkünden.

Wir schlagen zwei Termine vor: Einen Tag der Mobilmachung, Freitag der 7. November mit Demonstrationen in allen Städten. Des weiteren eine grosse, städteübergreifende (dezentrale) Demonstration für alle die im Ausbildungswesen tätig sind.

Die wird in Rom am 14. November stattfinden, der Tag, an dem die freien Gewerkschaften den Streik an den Universitäten einberufen haben, an dem hauptsächlich die Studenten, die Forscher und die Dozenten teilnehmende werden. Weiterhin halten wir es für unerlässlich mit unseren Kräften auch den Generalstreik der Schulen, der für Donnerstag den 30. Oktober vorgesehen ist, zu unterstützen.

Das was in diesen Tagen geschehen ist, zeigt einen grossen Willen und eine außergewöhnliche Mobilmachung der Kräfte. Eine neue Welle, die nicht vor hat sich zu bremsen zu lassen, sondern die gewinnen will, ist entstanden. Wir wollen, dass diese Welle noch grösser wird. Wir wollen, dass der Wille zu kämpfen noch grösser wird. Wir sind intelligent und organisiert und deshalb wird unsere Welle es weit schaffen.

Herausgegeben von den besetzten Fakultäten der Sapienza, Rom